

Entwicklungen in den italienischen industriellen Beziehungen

Professor Tiziano Treu, geboren 1939 in Vicenza, studierte Rechtswissenschaft. Er ist Professor für Arbeitsrecht an den Universitäten Pavia und Mailand. Er ist Mitglied der Forschungsabteilung der CISL und Rechtsberater von CISL und FLM.

Wandlungen im Tarifverhandlungssystem

Seit 1968 haben sich in den italienischen industriellen Beziehungen radikale Wandlungen ergeben, die in vermutlich endgültiger Weise das in der Nachkriegsphase aufgebaute System verändern. Diese Veränderungen betreffen alle wesentlichen Grundzüge des Systems: Formen und Ziele sozialer Konflikte, Struktur und Inhalte von Tarifverhandlungen, Formen gewerkschaftlicher Organisation, insbesondere auf Betriebsebene, Beziehungen zwischen den Gewerkschaften einerseits, zwischen Gewerkschaften, politischen Parteien und Staat andererseits.

Die sozialen Konflikte, die ihren Höhepunkt im Jahr 1969 erreichten, sind auch in den folgenden Jahren trotz wachsender wirtschaftlicher Schwierigkeiten außergewöhnlich bedeutsam gewesen. Seitdem ist viel Gebrauch gemacht worden von neuen und radikalen Formen des Kampfes, die, obwohl überwiegend von den Gerichten für illegal erklärt, auf eine drastische Herabsetzung der industriellen Produktion bei minimalen Lohnverlusten für die streikenden Arbeitnehmer gerichtet waren (Bummelstreiks, Dienst nach Vorschrift, unterbrochene Streiks, Sitzstreiks bis zu kompletten Blockaden und Betriebsbesetzungen, all dies begleitet von konsequenten Streikposten).

Die Auseinandersetzung hat sich im Betrieb konzentriert und auf Betriebsebene zu einem Ansteigen der Gewerkschaftsmacht bei Tarifverhandlungen geführt, das in unserem traditionell zentral gesteuerten System industrieller Beziehungen ohne Vorbild ist. Die traditionelle Verhandlungsstruktur, die beherrscht ist von nationalen Verhandlungen in den Wirtschaftszweigen und die nur minimale Verhandlungsnormen sowie Betriebs- und Unternehmensverhandlungen lediglich innerhalb enger Grenzen zuläßt, wird von einem dynamischen Verhandlungsmuster ersetzt, wobei die Betriebs- und Unternehmensebene im großen und ganzen unabhängig von den zwei höheren Ebenen der Wirtschaftszweige und der Dachorganisationen ist (*inter-confederal*, das heißt einen ganzen Sektor der Wirtschaft umfassend: Industrie, Landwirtschaft, Dienstleistungen).

Unternehmensvereinbarungen werden jedes Jahr zu Tausenden abgeschlossen, sie sind mit einem engmaschigen Netz informeller Verhandlungen bis hinunter zur einzelnen Werkstatt oder Abteilung verbunden. Unternehmensverhandlungen sind der Antrieb des gesamten Systems, und von daher sind auch die hauptsächlichsten Neuerungen der letzten Jahre gekommen, wohingegen die auf nationaler Ebene in der gesamten Industrie geführten Verhandlungen das Hauptmittel für die Einheitlichkeit und die Allgemeingültigkeit der Ergebnisse sind.

Die Versuche der Unternehmer, eine wirkungsvolle Möglichkeit der Koordination zwischen den drei Verhandlungsebenen wiederherzustellen (durch Vereinbarungen, nicht zu streiken, oder ähnliche verbindliche Klauseln), sind aufgrund des hartnäckigen Gewerkschaftswiderstandes bisher nicht erfolgreich gewesen. Die intensiven Gewerkschaftsaktivitäten auf Betriebsebene sind möglich geworden durch eine tiefgreifende Erneuerung der Formen gewerkschaftlicher Organisation, und sie werden aufrechterhalten durch eine wachsende Aktionseinheit innerhalb der drei großen Verbände CGIL, CISL und UIL*. Dieser Sachverhalt hat es den Gewerkschaften erlaubt, die Kontrolle über die verstreuten und ursprünglich teilweise spontanen Aktionen der Mitglieder relativ schnell wiederzugewinnen.

Die alten Betriebsräte („commissioni interne“) - die einzige Form indirekter und überwiegend bürokratischer Gewerkschaftsvertretung innerhalb der Betriebe - sind in fast allen Industriezweigen von den „delegati“ und den „consigli di fabbrica“ ersetzt worden, die in jeder Abteilung, jeder Werkstatt, jedem Büro von allen Arbeitnehmern, gleich, ob Gewerkschaftsmitglieder oder nicht, von Teil- oder Vollversammlungen gewählt werden, unabhängig von Gewerkschaftsmitgliedschaft und ohne vorher abgestimmte Listen. Die „consigli di fabbrica“ sind sowohl von den Gewerkschaften als auch von den Unternehmensleitungen als Verhandlungsführer auf Betriebsebene anerkannt. Es ist dies das erste Mal in unserer Geschichte, daß man einen Basisvertreter der Arbeitnehmer in dieser Weise auf Betriebsebene anerkennt. „Delegati“ und „consigli“ treten zweifach in Erscheinung, als direkte Vertreter der Arbeitnehmer und als erste Ebene der Gewerkschaftsorganisationen (die Gewerkschaften kontrollieren de facto fast alle gewählten „delegati“), und in doppelter Funktion, nämlich als Instrumente gewerkschaftlicher Demokratie und als Institutionen der industriellen Beziehungen.

Der Wechsel von Verhandlungsstruktur und -Vertretern bei den Kollektivverträgen ist begleitet von ähnlichen Neuerungen in der Verhandlungspraxis und den Ergebnissen: Lohnerhöhungen sind soweit bemerkenswert, als sie im Prinzip gleiche Beträge für alle Arbeitnehmer, unabhängig von der Qualifikation, bringen und damit in einigen Jahren die italienischen Industrielöhne im Durchschnitt auf euro-

* CGIL (Confederazione Generale Italiana del Lavoro): Anlehnung an Sozialisten und hauptsächlich Kommunisten; CISL (Confederazione Italiana Sindacati Lavoratori): ursprünglich katholische und christdemokratische Verbundenheit; jetzt teilweise noch christdemokratisch; teilweise offiziell ungebunden, aber aus Kadern der nichtkommunistischen Linken (Sozialisten, Neue Linke) zusammengesetzt; UIL (Unione Italiana del Lavoro): Sozialisten, Republikaner, Sozialdemokraten.

päisches Niveau bringen. Der Umfang der Tarifverhandlungen erstreckt sich auf alle Aspekte der Arbeitnehmer-Arbeitgeber-Beziehungen innerhalb des Unternehmens und begrenzt so die Macht der Unternehmer, einseitig die Arbeitsorganisation zu bestimmen. Schließlich ist der Gegenstand industrieller Auseinandersetzungen über die bisherigen Kollektivverträge hinaus auf umfangreiche Ziele und Reformen ausgedehnt worden (bessere Wohnverhältnisse, Verkehrswesen, Gesundheitsdienst, Sozialversicherung, Bildung etc.). Die Gewerkschaften haben damit eine direkte politische Aufgabe übernommen und handeln in solchen Fällen als Gegengewicht zur Staatsgewalt oder als Ersatz für politische Parteien.

Staatliche Intervention in die industriellen Beziehungen

Die plötzliche Entwicklung der Auseinandersetzungen im Jahr 1968 hing mit strukturellen Umständen zusammen, die in den sechziger Jahren entstanden waren. Einige dieser Faktoren stehen mit der Quantität und Qualität der Arbeitskraft im Zusammenhang: Einerseits der Niedergang traditioneller Berufe und eine wachsende Anzahl junger, ungelerner Arbeiter mit einem teilweise hohen Bildungsniveau und mit sozialen und beruflichen Erwartungen, die auf einem Arbeitsmarkt, nahe der Vollbeschäftigung, höher sind als in der Vergangenheit. Andererseits waren Probleme aus den Arbeitsverhältnissen entstanden, wie die wachsende Ausbeutung der Arbeitskraft, besonders in der Massenproduktion, die überhöhten Lohn- und Statusunterschiede, sowohl innerhalb der Wirtschaftszweige wie zwischen körperlicher und geistiger Arbeit usw.

Die durch diese Faktoren begründeten Konflikte wurden verstärkt durch die immer offensichtlicher werdende Unfähigkeit des Staates (der Mitte-Links-Regierungen der sechziger und frühen siebziger Jahre), die dringend benötigten strukturellen sozialen Reformen einzuleiten und die dramatischen Ungleichheiten sozialer und wirtschaftlicher Art zwischen den verschiedenen Gebieten, insbesondere das Nord-Süd-Gefälle, und den verschiedenen Bevölkerungsgruppen (Beschäftigte und Arbeitslose, Industrie- und Landarbeiter etc.) zu bewältigen.

Von diesem Gesichtspunkt aus können viele der Zielsetzungen und der von der italienischen Arbeiterklasse erreichten Ergebnisse als die Beseitigung von Lücken und als Spätfolgen unseres wirtschaftlichen und sozialen Systems erklärt werden. Die Bedeutung der Mängel erklärt teilweise die Gewalttätigkeit bei ihrer Behebung und die Schwierigkeiten, denen sich die Gewerkschaften ausgesetzt sahen, auf dem 1968 begonnenen Weg fortzuschreiten.

Die oben beschriebenen Veränderungen in den industriellen Beziehungen am Ende der sechziger Jahre haben eine von der Vergangenheit unterschiedliche Haltung des Staates verursacht und unterstützt. Der Staat ist von der Rolle des „Nicht-eingreifenden“, die für Europa ungewöhnlich ist, zu einer mehr unterstützenden Politik zugunsten der Arbeitnehmer (genauer: für die drei wichtigsten Gewerkschafts-

Organisationen) übergegangen. Das auffälligste Beispiel dieser neuen Haltung ist das sogenannte „Gesetz über die Rechte der Arbeitnehmer“ (1970), das die gewerkschaftlichen Aktivitäten innerhalb der Unternehmen erheblich unterstützt. Es sieht Basisrechte, d. h. Versammlungen während der vom Betrieb bezahlten Arbeitsstunden, Freistellungen für Gewerkschaftsvertreter, Schutz vor unfairen Handlungsweisen der Unternehmer usw., vor. Dieses Gesetz hat die Rolle der Gewerkschaften sowohl als Verhandlungspartei wie auch als politische Kraft wesentlich gestärkt. Es sieht weiterhin eine intensive Vermittlungstätigkeit des Arbeitsministeriums und seiner Außenstellen sowie anderer staatlicher Organe, ausgerichtet auf die Bedürfnisse der Arbeitnehmer, vor. Andere Gesetze gewährleisteten den Arbeitnehmern bei kurzfristigen Entlassungen oder betriebsbedingter Kurzarbeit die Löhne (1968, 1972, 1975); dies hat die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften in Krisenzeiten erhöht und dazu beigetragen, industrielle Auseinandersetzungen weniger abhängig von Wirtschaftskrisen zu machen. Letztlich hat der italienische Verfassungsgerichtshof (1974) die Rechtmäßigkeit von Streiks für soziale und politische Ziele anerkannt.

Diese Art staatlicher Intervention in die industriellen Beziehungen stärkt die Gewerkschaften ebenso gegenüber der Bedrohung durch Unruhe innerhalb der Basis (1968 bis 1969 eine wirkliche Gefahr) wie auch gegenüber dem hartnäckigen Widerstand der italienischen Arbeitgeber, zweiseitige und gerechtere Regelungen der industriellen Beziehungen zu akzeptieren. Der staatlichen Intervention ist es jedoch nicht gelungen, ein zweites Ziel, nämlich die Institutionalisierung und Kontrolle industrieller Auseinandersetzungen, zu erreichen.

In diesem Zusammenhang ist es verständlich, daß bis jetzt in Italien kein Raum war für irgendwelche Form institutionalisierter Mitbestimmung an Entscheidungen in den Unternehmen, noch nicht einmal für andere Formen der Kooperation. Das Maß an Übereinstimmung in den grundsätzlichen Fragen der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung ist zu niedrig, die Ungleichheiten in der Einkommensverteilung, der Erziehung, den Sozialleistungen etc. sind zu groß, um dies möglich zu machen. Konfliktorische Verhandlungen sind das Hauptmittel der Handhabung der industriellen Beziehungen, wodurch die Gewerkschaften einen wachsenden Einfluß auf Bereiche gewinnen, die bisher Vorrechte der Unternehmensleitung waren. Gleichzeitig lehnen die Gewerkschaften jede ausdrückliche Verantwortung für die Führung und Organisation des Unternehmens, die sie grundsätzlich geändert haben wollen, ab.

Auf dem Weg zur gewerkschaftlichen Einheit?

Seit 1968 haben die Gewerkschaften trotz der immer ernster werdenden wirtschaftlichen Situation wesentliche Fortschritte durch Tarifverhandlungen erzielt. Diese Erfolge gehen über Lohnerhöhungen hinaus: Verringerung der wöchentli-

chen Arbeitszeit auf 40 Stunden; strenge Gewerkschaftskontrolle der jährlichen Überstunden und der Mobilität der Arbeitskräfte; Verringerung der Arbeitsbelastungen; Reduzierung der Lohngruppen; Gleichbehandlung von Arbeitern und Angestellten. Und kürzlich noch: eine bessere Absicherung der Löhne gegen die Inflation durch eine gleitende Lohnskala („scala mobile“), die die Löhne automatisch den gestiegenen Lebenshaltungskosten anpaßt (1975); die bereits erwähnte Lohngarantie bei kurzfristigen Entlassungen (durch Vereinbarung erzielt im Jahr 1974 und dann Gesetz geworden); das Recht der Gewerkschaften auf Information und in einigen Wirtschaftszweigen auf Kontrolle der Zielsetzungen der Unternehmensleitungen, was Investitionen und Beschäftigung anbetrifft (ein Recht, das in einer wichtigen landesweiten Vereinbarung 1974 zugestanden wurde, aber noch kaum praktiziert wird).

Nicht so zufriedenstellend sind die Ergebnisse bei den politischen Zielen der Gewerkschaftsaktivitäten: Die meisten der geforderten Sozialreformen sind entweder noch nicht durchgesetzt oder nur teilweise wirksam. Das Versagen der gewerkschaftlichen Bemühungen hat offensichtlich mehrere Gründe. Es ist zweifelhaft, ob selbst die moderner eingestellten Unternehmer tatsächlich an einer Rationalisierung der italienischen Gesellschaft interessiert sind und die Verbindungen zu den nicht so fortschrittlich eingestellten Gruppen abbrechen würden, die hauptsächlich von Kapitalrendite leben. Noch zweifelhafter ist, ob sie sich von der umfangreichen öffentlichen Unterstützung und dem Protektionismus lösen wollen, von denen sie bisher profitiert haben, und ein neues Wirtschaftsmodell akzeptieren, das soziale Aktivitäten dem Konsum vorzieht. Die gewerkschaftlichen Aktivitäten selbst waren in vielerlei Hinsicht unbefriedigend, sie waren zu oft rein ideologisch geprägt, unfähig, konkrete Ziele so zu formulieren, daß sie den einfachen Mitgliedern verständlich wurden und sie die wahren Widersacher in unserer stark zersplitterten Landschaft erkennen konnten. In gewisser Weise haben die Gewerkschaften die Möglichkeiten allgemeiner Aufklärung und sozialer Forderungen überschätzt. Trotzdem haben die Verhandlungsergebnisse der letzten Jahre in dramatischer Weise das Problem der Wettbewerbsfähigkeit der bereits jetzt recht schwachen italienischen Wirtschaft und der Stabilität des sozialpolitischen Systems insgesamt aufgeworfen und starke Widerstände gegen die Macht der Gewerkschaften hervorgerufen. Dies betraf vor allem die Arbeitgeber, die, besonders ausgeprägt in großen Unternehmen, versucht haben, die Produktion systematisch in kleinere Einheiten und in Heimarbeit zu verlagern; sie haben die Kapitalinvestitionen reduziert und einen tiefgehenden Umstrukturierungsprozeß eingeleitet, um die Kontrolle über die Produktivität und die Verfügung über die Arbeitskräfte wiederzugewinnen.

Die Schwierigkeiten unserer Wirtschaft, die auf schwachen industriellen Strukturen, der langandauernden Krise der Landwirtschaft und der völligen Wirkungslosigkeit der öffentlichen Verwaltung beruhen, sind noch ernster geworden durch die andauernde Ungewißheit der politischen Landschaft und der darin wachsenden

Polarisierung: Die beiden großen Parteien, Christdemokraten und Kommunisten, wachsen auf Kosten der kleineren politischen Gruppierungen, ohne daß jedoch eine eindeutige Verständigung zwischen ihnen erzielt worden ist. Die fehlende Perspektive für eine schnelle Entwicklung effizienterer Regierungsformen, eine stärkere Auflage der linken Mitte oder ein dauerhafter Kompromiß zwischen Christdemokraten und Kommunisten und das Andauern politischer Spannungen zwischen den Parteien haben erhebliche Konsequenzen für die Gewerkschaften gehabt. Der Schwung zu einer organischen Einheit zwischen den drei großen Verbänden ist geringer geworden, und die Meinungsverschiedenheiten unter den verschiedenen politischen Flügeln innerhalb der CGLL, CISL und UIL, die zwar nie aufgehört hatten, gewinnen wieder an Bedeutung.

Die Entwicklung zur gewerkschaftlichen Einheit, offensichtlich verbunden mit einer Annäherung auf der politischen Ebene, ist jetzt aufgeschoben, wenn nicht aufgehoben. Die Appelle an die politische Loyalität, besonders innerhalb von CGIL und CISL bzw. von Christdemokraten und Kommunisten, verringern auf der anderen Seite die Selbständigkeit der Gewerkschaften in ihren Verhandlungen und politischen Aktivitäten. Es gibt ein wachsendes Gefühl auch unter den Linksparteien, daß die gewerkschaftlichen Aktivitäten ihre „natürliche“ Grenze überschritten hätten und kontrolliert werden müßten, damit den traditionellen Vertretern im politischen System, den Parteien, die führende Rolle in der Bestimmung unserer Wirtschaftspolitik wiedergegeben wird. Besonders bei den letztjährigen Wahlen gab es den deutlichen Versuch dieser Parteien, aus unterschiedlichen Gründen die Kontrolle über die Gewerkschaften wiederzugewinnen, insbesondere über die militantesten Industriegewerkschaften. Diese sollten ihrerseits Arbeiter kontrollieren, damit nicht ausgedehnte soziale Auseinandersetzungen die parteipolitischen Pläne für eine große Koalition oder eine stabilere Regierungsform durchkreuzen.

Auf dem Weg zur Mitbestimmung?

Diese politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten haben bereits die Dynamik der Tarifverhandlungen verringert; die Gewerkschaften müssen die erzielten Erfolge verteidigen, vor allem die Kaufkraft und die Beschäftigung der Arbeitnehmer. Aber die Gewerkschaften müssen sich der dramatischen Alternative stellen, entweder die noch begünstigten Mitglieder, die Industriearbeiter der mittelgroßen Unternehmen, die bereits jetzt gegen die Beschränkungen rebellieren, zu vertreten oder die Unterprivilegierten besonders zu fördern: die Menschen im Süden, die Arbeiter in den Randgebieten, die große Zahl der Beschäftigten in den kleinen Betrieben, die wachsende Anzahl der Arbeitslosen.

Erneut wird auf die Tarifparteien Druck ausgeübt, bei den entscheidenden gegenwärtigen Problemen zu mehr Übereinstimmung und zu pragmatischen Lösungen zu kommen. Dies betrifft die Erholung der Wirtschaft, die Vollbeschäftigung, die

Verbesserung der Lebensqualität etc. Sogar die militantesten Gewerkschaften fangen an zuzugeben, daß in die industriellen Beziehungen Änderungen eingeführt werden müßten. Einerseits gibt es bereits eine neue Tendenz zur Zentralisierung der Verhandlungsführung, nicht durch förmliche Vereinbarungen, sondern durch De-facto-Konzentration der wichtigsten Entscheidungsträger auf Verbandsebene. Die Aufrechterhaltung der Kaufkraft der Arbeitnehmer gegenüber der Inflation ist im Grundsatz Sache der gleitenden Lohnskala, die auf Verbandsebene ausgehandelt wurde. Dieser Mechanismus garantiert Lohnerhöhungen, die besonders für niedrige Löhne fast den erhöhten Lebenshaltungskosten entsprechen, verringert aber indirekt die Möglichkeit von Betriebsverhandlungen. Andererseits gibt es eine größere Übereinstimmung unter den Gewerkschaften, daß der Schwerpunkt der Verhandlungen von rein wirtschaftlichen Zielen, wie Lohnerhöhungen, zu sogenannten qualitativen Zielen hin verlagert werden sollte, wie Arbeitsverhältnisse, Einheitsorganisation und Kontrolle über Investitionen und Beschäftigung; es wird weiter angestrebt, Starrheiten bei der Beschäftigung von Arbeitskräften durch Kollektivverhandlungen abzubauen; die gegenwärtigen Lohnstrukturen sollen überdacht werden, um die indirekten Anteile an den Lohnkosten zu verringern, wie Sozialabgaben, automatische Lohnerhöhungen aufgrund des Dienstalters, Dienstalterszulagen usw., die in Italien außergewöhnlich hoch sind. So sollen die Lohnkosten gesenkt werden, ohne daß den Arbeitnehmern das tatsächlich ausgezahlte Gehalt reduziert wird. Die Tendenz zu zentralen Verhandlungen und eine gemäßigte Entwicklung der Lohnkosten auf der Linie des europäischen Durchschnitts wird von der Regierung und den großen Parteien, wenn auch mit bedeutsamen Unterschieden, begünstigt. Die Kommunisten und die sozialistischen Parteien beispielsweise sind abgeschlossen gegenüber dem Argument, Italien mit Europa im Zusammenhang zu sehen. Besonders die ersteren wollen beweisen, daß sie reif genug sind, in diesem europäischen Rahmen Regierungsverantwortung zu tragen. Andererseits zögern sie, freie Tarifverhandlungen und die Macht der Gewerkschaften zu sehr einzuschränken; sei es auch nur aus dem Grunde, die Schwierigkeiten der Verbände, Mitglieder zu kontrollieren, nicht zu vergrößern.

Zum ersten Mal hat auch die Regierung - mit Ausnahme der Kommunisten - direkt in die Arbeitskosten mit verschiedenen Verfügungen eingegriffen, denen auch die Gewerkschaften zugestimmt haben: Lohnstopp und Zwangssparen von Lohnerhöhungen über ein gewisses jährliches Einkommen hinaus aufgrund der gleitenden Lohnskala (diese Beträge sollen zur Finanzierung von Investitionen in kleinen Unternehmen dienen); Senkung einiger Sozialabgaben (die der Staatshaushalt übernimmt) ; Überprüfung der gleitenden Lohnskala, um sie weniger reagibel gegenüber den steigenden Lebenshaltungskosten zu machen; Herausnahme der Dienstalterszulage aus den Erhöhungen der Lebenshaltungskosten.

Schließlich wird auch das Problem der Mitbestimmung offen diskutiert, nicht nur von den Arbeitgebern und den Parteien, sondern auch in den Gewerkschaften. Wäh-

rend die Einflußnahme der Arbeitnehmer (oder besser: ihrer Gewerkschaften) in verschiedener Weise in öffentlichen Einrichtungen, zumal bei den Arbeitsmarktinstanzen, den Sozialversicherungen, den öffentlichen Arbeitsvermittlungsstellen, den Berufsausbildungs- und Bildungseinrichtungen und den örtlichen Körperschaften für Gebiets- und Wirtschaftsplanung sich rasch ausdehnt, geht die Debatte über die Mitbestimmung von Arbeitnehmern im Unternehmen nur langsam voran. Die Gewerkschaften stehen der Einführung der institutionalisierten Mitbestimmung sehr mißtrauisch gegenüber. Sie fürchten, in eine gemeinsame Verantwortung mit den Eigentümern genommen zu werden, die ihre Selbständigkeit begrenzt. Sie müßten vielleicht einen größeren Anteil an den Lasten der Wirtschaftskrise tragen, als es ihrer tatsächlichen Macht in bezug auf die Beschäftigung und die strategischen Entscheidungen in den Unternehmen entspricht.

Dieses Mißtrauen wird noch verstärkt durch die politische Instabilität, die den Gewerkschaften keine genügend sichere Grundlage in bezug auf eine neue Wirtschaftspolitik, auf mehr Beschäftigung oder auf bessere Einkommensverteilung garantieren kann. Trotzdem haben die neuen Ziele der Tarifverhandlungen - Investitionen, Beschäftigung, Arbeitsorganisation - die Gewerkschaften unmittelbar dem Kern unternehmerischer Entscheidungsprozesse und industrieller Entwicklung gegenübergestellt. Diese Punkte können nur dem Ernst der Krise angemessen behandelt werden, wenn die Gewerkschaften eine rein oppositionelle Haltung aufgeben und nach „positiven Vorschlägen“ Ausschau halten, die auf die Bewältigung der gleichen Krise gerichtet sind, in einem Wort: nur wenn sie zu einem verantwortlichen Gebrauch ihrer Verhandlungsmacht kommen. Hier wiederum sind die Gewerkschaften und die Parteien der Linken, die Kommunisten einbegriffen, aufgeschlossener geworden für die allgemeinen Probleme der Mitbestimmung bei Unternehmensentscheidungen in den europäischen Ländern und der EG. Industrielle Demokratie ist als Formel eingängig, sagt aber ohne genaue Vorstellungen von Kommunisten und Sozialisten und deren Parteigänger innerhalb der Gewerkschaften wenig aus. Unsere Gewerkschaften sprechen lieber von Arbeiterkontrolle als von Mitbestimmung in den Unternehmen. Damit wollen sie betonen, daß ihr enger Kontakt mit den strategischen Problemen des Unternehmens nicht zum Nachteil der gewerkschaftlichen Selbständigkeit und ihrer Fähigkeit zum Austragen von Konflikten verbunden werden darf. Über diesen Punkt hinaus gibt es keine Übereinstimmung innerhalb der Gewerkschaften, was das mögliche Ausmaß der Arbeiterkontrolle angeht, was die Grenzen „verantwortlicher“ Verhandlungsführung betrifft und wie der „positive“ Beitrag aussehen kann, den die Arbeitnehmerorganisationen bei Entscheidungsprozessen im Unternehmen leisten können, ohne ihre Eigenständigkeit einzuschränken. Das Problem wird dadurch kompliziert, daß man mehr als die Gewerkschaften in anderen Ländern betont, daß die Arbeiterkontrolle nicht auf ein einzelnes Unternehmen begrenzt werden kann. Denn das würde entweder zur Gefahr stillschweigender Verständigungen zwischen Unternehmensleitungen und ört-

lichen Gewerkschaften, besonders in reichen Gebieten, führen oder gänzlich illusionär sein, da die echten Entscheidungen häufig außerhalb der einzelnen Firma getroffen werden. Mitbestimmung oder Kontrolle muß von der Unternehmensebene ausgedehnt werden auf die allgemeinen Entscheidungen in der Wirtschaftspolitik und der Planung. Die demokratische Kontrolle der Planung durch die Bürger und nicht nur durch die Arbeitnehmer zählt zu den grundsätzlichen Forderungen der italienischen Linken und wurde in die Programme der Eurokommunisten und der Eurosozialisten aufgenommen. Jedoch sind die institutionellen und inhaltlichen Vorstellungen für eine solche demokratische Planung noch nicht ausgearbeitet.

Auf dem Weg zur Institutionalisierung der industriellen Beziehungen?

Die bis jetzt erwähnten Elemente scheinen auf eine wachsende Institutionalisierung und Normalisierung der italienischen industriellen Beziehungen hinzudeuten. Andere Elemente laufen jedoch dieser Tendenz zuwider. Zunächst einmal sind die politischen und ökonomischen Schwierigkeiten außerordentlich und nicht nur Faktoren einer vorübergehenden Destabilisierung. Die industriellen Beziehungen sind überall auf der Welt mit den wirtschaftlichen und politischen Systemen verbunden; ebenso ist es in Italien mit der besonders engen Verbindung zwischen Gewerkschaften und Parteien und dem erheblichen unmittelbaren Einfluß des Staates auf die Wirtschaft. Im gegenwärtigen Klima andauernder politischer Spannungen kann kein bedeutender Fortschritt hin zu stabileren Arbeitnehmer-Arbeitgeber-Beziehungen gemacht werden. Trotz des wachsenden Einflusses der Kommunistischen Partei auf den Staat, sowohl zentral als auch lokal, hat diese den Gewerkschaften keine ausreichenden Anreize und Möglichkeiten bieten können, um sie auf eine Art „konzertierter Aktion“ (*social contract*) und ein Stillhalteabkommen zu verpflichten. Gewerkschaften und Arbeitnehmer mögen zu Bescheidenheit und Mäßigung neigen, so haben viele Gewerkschaftsführer betont, jedoch nur im Austausch mit einer neuen Politik für die Arbeitnehmer, bei der öffentliche und private Investitionen nicht nur im Hinblick auf die Vermehrung des Kapitals vorgenommen, sondern in eine Politik der Vollbeschäftigung und der ausgeglichenen Entwicklung einbezogen werden.

Diese Passivität schwächt das Image der Verbände bei den Mitgliedern und gibt Anlaß zu unvorhersehbaren und gefährlichen Spannungen zwischen den Mitgliedern auf Betriebsebene, den „delegati“ und „consigli“, und der Gewerkschaftsbürokratie auf Gebietsebene. Die Kontrolle über die betrieblichen Lohnvereinbarungen, die die Gewerkschaften der Regierung und den Unternehmern zugesichert haben, ist keineswegs erfolgreich: nicht einmal in Gebieten, die schon immer von der Zentrale kontrolliert wurden, ganz zu schweigen von der mittleren Schicht der Arbeitnehmer, insbesondere der Angestellten, die sich durch die Politik der gleichmäßigen Lohnanhebungen, die die Gewerkschaften in den letzten Jahren praktiziert haben, bestraft fühlen. Die Angestellten im öffentlichen Dienst sind in Aufruhr, weil

sie sich ebenfalls als Opfer dieser egalitären Politik fühlen, die überwiegend die Beschäftigten im privaten Sektor begünstigt hat. Tarifverhandlungen, die kürzlich formell auch für den öffentlichen Dienst zustande gekommen waren, werden die bereits jetzt erheblich defizitären Haushalte weiter unter Druck setzen.

Schließlich liegt eine Quelle sozialer Auseinandersetzungen von unvorhersehbarer Heftigkeit in der steigenden Anzahl junger Arbeitnehmer mit hohem Ausbildungs- und Erwartungsniveau, die arbeitslos sind und keine echte Aussicht haben, eine ihrem Bildungsstand angemessene Tätigkeit zu finden. Die Anzahl der unter 25jährigen Arbeitslosen wird auf über 1,2 Millionen geschätzt; zuviel, um durch ein unzulängliches Gesetz, das kürzlich vom Parlament verabschiedet wurde und Unternehmen durch Finanzhilfen anregen soll, junge Arbeitnehmer befristet einzustellen, wesentlich verringert zu werden. Die öffentlichen Einrichtungen, die mit der Ausbildung, Förderung und Steuerung der Mobilität der Arbeitnehmer auf regionaler Ebene befaßt sind, sind wenig leistungsfähig. Sie sind unfähig, die Jugendarbeitslosigkeit in den Griff zu bekommen. Diese neuen Randgruppierungen fühlen sich durch die traditionellen Linksparteien und Gewerkschaften weder vertreten noch scheinen sie überhaupt leicht kontrollierbar zu sein. Einige Teile der Linken, insbesondere innerhalb der Gewerkschaften, weisen nachdrücklich auf die Gefahr hin, daß eine zu gemäßigte und zur Zusammenarbeit bereite Gewerkschaftspolitik die Beziehung zu dieser entscheidenden Bevölkerungsgruppe gänzlich verlieren kann.

Nach dieser Meinung ist die Revolte der jungen Studenten nur der deutliche Hinweis auf eine allgemeine Situation. Sie beweist, daß die Arbeiterbewegung nicht auf starke konfliktbezogene Aktivitäten verzichten kann, die einer deutlich selbständigen Strategie folgen. Die Gewerkschaften könnten nicht passiv auf Veränderungen in der politischen Landschaft warten, ohne Lähmungen und den Verlust des Vertrauens zu riskieren, das man in den letzten Jahren bei der Mehrheit der italienischen Arbeiter, als einer wichtigen Kraft für soziale Veränderungen, errungen hat.

Die Gründe für die Instabilität sind somit noch tief im System der italienischen industriellen Beziehungen verwurzelt, und sie werden wahrscheinlich kurzfristig nicht zu beseitigen sein. Eine größere Beteiligung der Kommunisten an der Regierung wäre zweifellos ein Element der Sicherheit und auch ein Bezugspunkt für eine neue Richtung in den Arbeitnehmer-Arbeitgeber-Beziehungen; jedoch nur, wenn sie begleitet wird von wesentlichen konkreten Änderungen vor allem in der Wirtschaftspolitik, wie bereits angedeutet wurde. Diese Möglichkeit ist jedoch keineswegs sicher und wäre im übrigen nicht nur eine kurzfristige Aufgabe. Selbst bei dieser Annahme kann man vernünftigerweise kein schnelles Ansteigen des Ausmaßes der Institutionalisierung im italienischen System nach mitteleuropäischem Muster erwarten, sondern nur eine formell gebilligte, langsame Entwicklung zu einer Regelung industrieller Beziehungen durch mehr Übereinstimmung und eine größere tat-

TIZIANO TREU

sächlich gewerkschaftliche Kontrolle über die industriellen Konflikte; Tarifverhandlungen mit - wie angeführt - erweiterter Zielsetzung werden das Hauptinstrument für die Regelung industrieller Beziehungen bleiben und könnten, ermutigt von den gesellschaftlichen und politischen Kräften, dazu dienen, die Angelegenheiten zu regeln, die anderswo durch ein institutionalisiertes System der Mitbestimmung bewältigt werden**.

** Aus dem Englischen übersetzt von Jürgen Hasenkamp.